

Lehre und Forschung

Eckhard Jesse und Sebastian Liebold

Politikwissenschaft in Deutschland

Trends, Herausforderungen, Perspektiven

1. Bestandsaufnahme

Die Politikwissenschaft ist bekanntermaßen eine junge Disziplin mit einer alten Tradition. Das gilt zumal für Deutschland (Bleek 2001). Nach 1945 etablierte sich das Fach weithin als „Demokratiewissenschaft“ – begünstigt durch die alliierte *reeducation*. Vor 60 Jahren, am 10. Februar 1951, bildete sich die „Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft“ (zunächst unter dem Namen „Deutsche Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik“). Die Politikwissenschaft wuchs langsam – 1959 gab es erst 21 Professuren, 1969 schon 81, 1974 hingegen 214 (Arendes 2004: 194). Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre setzte eine starke Expansion ein, die zum Teil mit einer beträchtlichen Politisierung im neomarxistischen Sinne verbunden war. Die Gründung der „Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft“ 1983 war eine späte, wenn nicht verspätete Reaktion auf diese Entwicklung, die freilich bald wieder in ruhigerem Fahrwasser verlief. Bei der gelungenen Etablierung der Politikwissenschaft in den neuen Bundesländern (Lehmbruch 1995) – angesichts der Ablösung diskreditierter Fächer wie „Wissenschaftlicher Kommunismus“ und „Marxismus-Leninismus“ war dies nicht selbstverständlich – arbeiteten die beiden Vereinigungen (die DVPW hat 715 Mitglieder, die DGfP 200) eng zusammen. Schon lange ist das Verhältnis entspannt, ja ungetrübt, wie etwa die hohe Zahl der Doppelmitgliedschaften belegt. Den *State of the art* bildet jeweils ein Band ab, der aus der Mitte beider Gesellschaften entstanden ist (DVPW 2009; Gerlach u. a. 2010). Die Jahrestagung der DGfP lautete 2010 „Die Einheit der Politikwissenschaft“, die Jubiläumstagung der DVPW 2011 ganz ähnlich „Politikwissenschaft – Sinn und Nutzen einer Disziplin“. Eine Debatte zur Selbstvergewisserung ist im Gange und offenbar vonnöten. Dies dürfte symptomatisch sein für ein junges Fach, das weniger in sich ruht als so manche „alte“ Disziplin.

Die Professionalisierung des Faches ist gleichwohl fortgeschritten, die eigene Geschichte gut erforscht, die Zahl der Studien, die sich „Einführungen“ nennen, nahezu Legion und kaum mehr zu überblicken. Mittlerweile gibt es nicht nur über Werk und Leben der „Gründungsväter“ der deutschen Politikwissenschaft nach 1945 wie Ossip K. Flechtheim (Keßler 2007), Ernst Fraenkel (Ladwig-Winters 2009) und Siegfried Landshut (Nicolaysen 1997) ergiebige Studien, sondern auch über die „zweite Generation“, die unmittelbar nach 1945 studiert hat, aber nicht Politikwissenschaft, schon deshalb nicht, weil es das Fach zu jenem Zeitpunkt nicht gab.¹ Hierzu zählen unter anderem Karl Dietrich Bracher (Quadbeck 2009) und Wilhelm Hennis (Schlak 2008).² All das ist wichtig, weiterführend und zum Teil wegweisend, aber die Politikwissenschaft darf nicht permanent um sich kreisen. Selbstbespiegelung ist kein Zeichen von Gelassenheit.

Der folgende, essayistisch angelegte Beitrag will dreierlei erreichen. Zum ersten sucht er Trends in der gegenwärtigen deutschen Politikwissenschaft nachzuzeichnen: Welche Teilgebiete dominieren, welche sind in der Defensive? Wie beeinflusst die Bologna-Reform die Disziplin? Zum zweiten möchte der Essay die vielfältigen Herausforderungen für die Politikwissenschaft (nicht nur) in Deutschland benennen. Beeinflusst das Fach Debatten von öffentlichkeitswirksamem Gewicht? Wie steht es mit seiner Praxisrelevanz, wie fördert es Urteilskraft? Zum dritten geht es darum, Perspektiven unter einer doppelten Fragestellung aufzuzeigen: Wohin steuert die Politikwissenschaft in Deutschland, wohin soll sie steuern?

2. Trends

Die deutsche Politikwissenschaft ist im 21. Jahrhundert angekommen: Sie begreift sich als moderne Forschungsdisziplin, die auf Fragen des *gesamten* öffentlichen Lebens Antworten geben kann. Dazu trägt sie in Seminaren und bei Colloquia, auf Tagungen und in Publikationen stets Ansätze aus ihren Teilgebieten zusammen – sie besitzt den Anspruch einer „Demokratiewissenschaft“. Ihr akademischer Nachwuchs erlernt mittlerweile in Bachelor- und Masterstudiengängen sein Handwerkzeug. Forschungsergebnisse aus Dissertationen und Drittmittelprojekten werden nicht nur in einschlägigen Zeitschriften rezipiert, sondern auch über die Hochschulgemeinschaft hinaus wahrgenommen – in Einrichtungen der Politischen Bildung, in der Politik und der Verwaltung, in der Wirtschaft und nicht zuletzt im gesell-

1 Heute ist es partiell umgekehrt: Es gibt eine Reihe Politikwissenschaftler, die ein anderes Fach unterrichten (Europastudien, Anglistik, Soziologie).

2 Gleichwohl fehlt eine vergleichend angelegte biographische Würdigung zu den wichtigen deutschen Politikwissenschaftlern.

schaftlichen Diskurs, den die Presse zuweilen mit politikwissenschaftlichen Thesen befeuert.

Die Qualität der öffentlichen Resonanz ist hingegen nicht übermäßig groß. Als die Zeitschrift „Cicero“ 2006 und 2007 (Höfer 2006, 2007) die führenden 500 deutschen Intellektuellen zu ermitteln suchte (bezogen auf die quantitative Präsenz in den wichtigsten deutschsprachigen Medien, nicht auf die qualitative Dimension),³ tauchten keine 20 Politikwissenschaftler auf. Die Erwähnten fanden sich zumeist in der zweiten Hälfte des Rankings wieder. In beiden Jahren dominierte bei den Politikwissenschaftlern Gesine Schwan. 2006 lag sie auf Platz 96, 2007 auf Platz 53. Zudem führte sie 2008 unter den 50 wichtigsten Gesellschaftswissenschaftlern mit Platz 5 die Riege der Politikwissenschaftler an (Busche 2008). Der vordere Rang dürfte vornehmlich auf ihre Kandidatur für das Bundespräsidentenamt zurückzuführen sein, weniger auf ihre Meriten als Politikwissenschaftlerin, wie überhaupt die Diskrepanz zwischen diesem Ranking und dem Ranking in der Fachwissenschaft auffällt (Klingemann/Falter 1998; Falter/Knodt 2007). Autoren wie Claus Leggewie und Franz Walter, im Cicero-Ranking gut platziert (Leggewie 2006 auf Platz 167 und 2007 auf Platz 187; Franz Walter 2006 auf Platz 152 und 2007 auf Platz 133), fehlen in dem der Politikwissenschaft.⁴ Nur bei Herfried Münkler spiegelt sich die öffentliche Resonanz (Höfer 2006: 59; Höfer 2007: 60) im Votum der Fachvertreter wider. Er rangiert bei der Befragung 2006 an dritter Stelle, sogar an erster im Bereich der Politischen Theorie. Bei der Cicero-Umfrage nach den 50 wichtigsten Gesellschaftswissenschaftlern liegt er 2009 an siebter Stelle; er führt damit die Liste der Politikwissenschaftler an (Höfer 2009). Auch dieses Beispiel zeigt die begrenzte öffentliche Deutungsmacht der Politikwissenschaft. Immerhin folgen auf den Plätzen 10 und 11 Franz Walter und Claus Leggewie.

Unterschiedlich entwickeln sich die Teilbereiche der Politikwissenschaft: Im internationalen Vergleich bleibt die klassische Abgrenzung zwischen 1. Politischer Theorie und Ideengeschichte (teils mit politischer Ethik und Philosophie), 2. (Vergleichender) Regierungs- und Systemlehre sowie 3. Internationaler Politik (neben Regional- und Kulturstudien nehmen Europastudien einen aufstrebenden Platz ein) strikt. Mancherorts treten Wirtschaftspolitik und Didaktik bzw. Politische Bildung hinzu. Nachdem die Einrichtung der Lehrstühle in den neuen Bundesländern diesem Prinzip weithin gefolgt ist, sieht sich nun das ganze Bundesgebiet vom „Rotstift“ der Länderministerien betroffen. Dabei kann sich die (vergleichende) Regierungs-

3 Max A. Höfer hatte zuvor bereits ein Ranking der ersten 100 Intellektuellen vorgelegt, dessen Aussagekraft am Verzicht auf inhaltliche Kriterien leidet (Höfer 2005).

4 Allerdings stand bei der Kategorie „Wichtigste Vertreter in der Öffentlichkeit“ Claus Leggewie 1996 auf Platz 4, Franz Walter 2006 auf Platz 8 (Falter/Knodt 2007: 157).

lehre – mit gewissen Einbrüchen bei der Innenpolitik – vor der Internationalen Politik behaupten. Die Politische Theorie hat es im Kampf gegen die Stellenstreichungen am schwersten (Münkler 2006; Buchstein/Fietz 2007).

Die Defensive der Theoriesektion rührt vom immer stärker anwendungsorientierten Charakter des Faches her, liegt ebenso in der Abhängigkeit vom geistigen „Innovationszentrum“ Amerika (ein eigenständiger europäischer Diskurs existiert im Grunde nicht mehr) begründet, das paradoxerweise wenige neue Theorien liefert. Dabei tragen neue Sozial- und Gesellschaftstheorien nicht nur zum Verständnis gegenwärtiger Krisen bei, sondern liefern auch Grundlagen für andere Teilgebiete. Diachrone Vergleiche ermöglichen den Brückenschlag zur Zeitgeschichte – so ist zum Beispiel das politische System der Bundesrepublik nicht ohne das Scheitern der Weimarer Republik angemessen zu erfassen. Ein historisches Grundverständnis bleibt für eine Beurteilung der Gegenwart unabdingbar. Dies schlägt sich im Fach freilich unzureichend nieder; im Vergleich zu den Anfangsjahren hat sich die deutsche Politikwissenschaft von der Geschichtswissenschaft – keineswegs zu ihrem Vorteil – deutlich entfernt bzw. emanzipiert, je nach Perspektive (Gallus 2012).

In der Regierungslehre ist zum einen die Governance-Forschung im Aufwind begriffen. Bis in die hintersten Winkel werden Entscheidungsprozesse ausgeleuchtet, die allgemeine Tendenzen der Gouvernentalisierung, vor allem der Gesetzgebung, anzeigen (Mols 2009: 42). Zum anderen besteht der *drive* zum Nachvollzug der Europäisierung und Globalisierung in vergleichenden Themen. Gerade die Bildung neuen Rechts auf europäischer Ebene bietet ein Betätigungsfeld, das auf die hierzulande unabhängigen Verwaltungswissenschaften zurückweist. Außerdem blühen Politikfelder (Wohlfahrtsstaat, Parteien und Wahlen, Sicherheitspolitik, Föderalismus) durch den Einsatz von „Düngemitteln“ verschiedenster „Hersteller“.

Das schier unübersehbare Meer an Konflikten prägt die Ausdifferenzierung der Internationalen Politik: Arbeiten internationale Organisationen effizient? Wie lassen sich asymmetrische Kriege einhegen? Wann ist Entwicklungshilfe sinnvoll? – Wer will hier eine Hierarchie der Prioritäten angeben? Das Jahr 2011 war wohl kaum zu überbieten mit fordernden Themen: Eurokrise und „Arabellion“, die Instabilität von „AfPak“ und iranische Nuklearversuche. Ist mit (kombinierten) Theorien der Internationalen Politik zu erfassen, welches gegenwärtige Problem die schwersten Folgen zeitigen wird?

Der Anspruch analytischen Vorgehens kann nur auf konkrete Probleme der Zeit zielen: Im „Zeitalter der Extreme“ (Eric Hobsbawm) sind griffige Totalitarismuskonzeptionen entstanden – heute bemühen wir uns um eine treffende Einschätzung des Terrorismus. Nie kann die Politikwissenschaft der Zeit vorgreifen und zukünftig aufkommende Probleme sicher „prophezeien“. Das war beim „Schwarzen Freitag“

(Klaus von Beyme) der Politikwissenschaft 1989 so, das trat beim plötzlichen Aufkommen des Islamismus zutage, und das bestätigte sich beim „arabischen Frühling“ 2011; es wird beim nächsten weltweit umgreifenden Ereignis wohl nicht anders sein (Jouvenel 1965: 3). Welche engere Prognosefähigkeit besitzt die Politikwissenschaft heute? Sie kann – wie bei der Wahlforschung – langfristige Trends ergründen oder Voraussagen zu unmittelbar anstehenden Ereignissen geben. Prognosen sind dann gut, wenn die Rahmenbedingungen zufällig konstant bleiben oder sich nur auf eine algorithmisch erfassbare Weise ändern. Politikwissenschaft vermag politische Verhaltensweisen zu ergründen, die sich langsam wandeln. Sie hat durch die Analyse von Strukturen die prägende Rolle politischer Persönlichkeiten wie etwa Michail Gorbatschow vernachlässigt. Zu den rühmlichen Ausnahmen zählt Jürgen Hartmann (2007). Neben der Exaktheit besitzt die Prognose eine soziale Korrektivfunktion – vor allem, wenn negative Ereignisse eintreten, die so prognostiziert wurden (Thöndl 2005, mit Bezug auf Pfetsch 1995). Gegen den Einfluss unwissenschaftlicher Prophezeiungen – in der Form eines teleologischen Historizismus – hilft die genaue Analyse von Ideologien („politische Religionen“) und Ideokratien sowie (neuen) extremistischen Strömungen.

Politikwissenschaftler sind mit Interpretationen aktueller Vorgänge in manchen Medien präsent, auch wenn viele Beiträge in Periodika meist zu Recht als „trocken“ gelten (anders als im angelsächsischen Raum). Doch gibt es eine paradoxe Gegenläufigkeit zwischen Ansprüchen an Forschungsleistungen und an Relevanz für leicht anwendbare und (ja!) eher „einfache“ Themen: Einerseits wird die Neigung zu immer spezielleren Nischenthemen, die durch eine wohlbegründete, aber letztlich für die *res publica* irrelevante Methodendebatte hervorsteicht, stark bemängelt. Andererseits kritisieren an Grundlagenforschung Interessierte die ausgedehnte Beratungstätigkeit mancher Professoren – ein solcher Lehrstuhl mutet wie ein kleiner *think tank* für die Regierung, für die Opposition, für diese Institution oder jene Organisation an. Das ist nicht Aufgabe der Politikwissenschaft, die eben keine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein soll.

Mit der akademischen Lehre, oft lieblos bewältigt, zum Teil vernachlässigt, sieht es nicht sonderlich gut aus. Durch die Bologna-Reform hat die Politikwissenschaft (wie jede andere Wissenschaft) eine wesentliche Neuerung erfahren – den berufsbefähigenden Abschluss nach drei oder vier Studienjahren. Die Phase fußt auf festen Stundenplänen, womit ein (kleiner) Kanon abrufbaren Wissens erwächst. Die Mobilität zwischen deutschen Universitäten ist gesunken, die Zahl der Auslandssemester wohl nicht gestiegen, die Abbrecherquote hingegen niedriger als zuvor. Der Umfang einer Bachelor-Arbeit von etwa 40 Seiten ist im internationalen Vergleich „groß“, der Charakter dieser Studie als ein wohlgeschliffenes „Gesellenstück“ aber

nicht (mehr) weit verbreitet. Oft liegt das nicht zuletzt an Nebenjobs, die zuweilen vor der eigentlichen Studienaufgabe rangieren. Der Tenor privater wie öffentlicher Arbeitgeber: Die Qualifikation von Bachelor-Absolventen scheint ausreichend, um einen Berufseinstieg zu finden. Die größten Bereiche wie Journalismus, Unternehmen, freie Träger, die öffentliche Verwaltung oder Stiftungen äußern zwar immer wieder zu Recht Vorbehalte, beschäftigen inzwischen Bachelor-Absolventen dort, wo bislang ein Diplom oder Magister gefordert war (diese „sterben aus“). Insgesamt bekommt allerdings die Gängelung durch das Bachelor-Studium der Politikwissenschaft nicht sonderlich. Nur mit Erfolgserlebnissen über eine eigene Entdeckung – das jetzige System behindert solche Erfahrungen eher – kann eine selbstbewusste Studentenschaft ins Berufsleben gehen.

Nach dem Bachelor-Abschluss hält ein „Wegepluralismus“ Einzug: „Der“ Master wird teils sofort nach „dem“ Bachelor absolviert (beim Übergang gibt es teilweise Schwierigkeiten durch Bewerbungsfristen vor dem Ende der gängigen Prüfungszeiten, so Schmoll 2011), teils als i-Tüpfel nach einer – willkommenen und wünschenswerten – Praxisphase. Zwar erwachsen politologische Dissertationen immer häufiger aus Graduiertenkollegs⁵ und aus curricularen Promotions-Studiengängen (dieser Trend zur „Verschulung“ darf nicht die Eigenständigkeit der Forschung gefährden), aber es ist nur ein unwesentlicher Anstieg der Abschlüsse zu verzeichnen. Ein „Promotionsratgeber Politikwissenschaft“ (Wolf/Wenzelburger 2010), der Wert auf die Notwendigkeit von Originalität legt und jeder Form des selbstreferenziellen Arbeitens den Kampf ansagt, ist dringender denn je.⁶ Nach dem Erwerb der Promotion wird die Luft dünner, Forschungsprojekte bedürfen oft formelhafter Angaben zur Bewilligung – den Streit um die Drittmittel-Vergabe tragen Gutachter unter anderem in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ aus (Reuß/Rieble 2011; Michaels 2011). Die Anonymität des Verfahrens, in Zeiten „knapper Kassen“ und vermehrter Anträge immer schwieriger erfolgreich zu durchlaufen und kostbare Energien bindend, schadet – bei allen qualitativen Vorzügen – der Transparenz.

Wie entwickeln sich die Professoren- und Studentenzahlen? 1994 gab es in der deutschen Politikwissenschaft 253 Professuren, davon 135 auf einer „C4“- und 118 auf einer „C3“-Stelle, 2010 sind es 257 Professoren, 183 auf einer „C4“- bzw. „W3“- und 74 auf einer „C3“- bzw. „W2“-Stelle (Statistisches Bundesamt 2011 c: 224). Die Kontinuität seit der deutschen Einheit ist damit beachtlich.⁷ Die Zahl der Stu-

5 Sie bieten nicht zuletzt den Vorteil einer festen Bezugsgröße; Ausdruck einer akademischen „Schule“ kann beispielsweise eine gemeinsame Veröffentlichung der Doktoranden sein.

6 Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Promotion 2011 greifen dies auf.

7 Wer alle Professuren neben den genannten einbezieht, kommt zu einer höheren Zahl. So haben Cord Arendes und Hubertus Buchstein für 1994 350 Professuren ermittelt (2004: 25).

zenten mit dem ersten Studienfach Politikwissenschaft lag im Wintersemester 1994/95 bei 23.236, im Wintersemester 2010/2011 bei 28.592. Im ersten Fachsemester waren im Wintersemester 1994/95 4.163 Studenten eingeschrieben (davon 3.553 Deutsche), im Wintersemester 2010/2011 7.222 (davon 5.833 Deutsche). In denselben Jahren begannen 1.712 bzw. 3.270 Frauen das Studium der Politikwissenschaft (Statistisches Bundesamt 2011 a: 120). Das Examen absolvierten im Kalenderjahr 1994 1.431 Studenten, 2006 – einschließlich Bachelor – 3.934 Studenten (Statistisches Bundesamt 2011 b: 43). 1994 schlossen 181 Politikwissenschaftler ihre Promotion ab, 2010 274 (dazwischen traten deutliche Schwankungen auf: 2004 wurden 185 Arbeiten verteidigt, 284 im Jahr 2005). Wie die Datenlage erhellt, ist das Betreuungsverhältnis in den letzten 15 Jahren deutlich schlechter geworden – freilich kein politikwissenschaftliches Spezifikum. Dabei fallen starke regionale Unterschiede auf: Ostdeutsche Universitäten können wegen der nicht alteingesessenen Lage und der demographischen Situation „punkten“.

Die Förderung durch die vom Bundesforschungsministerium finanzierten Stipendien der Begabtenförderungswerke ist in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen: Hier sind Studenten der Politikwissenschaft überdurchschnittlich vertreten. Im Jahr 2011 startete zudem das „Nationale Stipendienprogramm“ der Bundesregierung. Mit dem BAföG existiert weiterhin ein breit angenommenes Bildungsdarlehen. Angehende Politologen sind in akademischen Gremien aktiv – die Mitwirkung kann anderen Fachrichtungen einen Impuls geben, gerade in Zeiten „rationalisierter“ Selbstverwaltung der Hochschulen.

Wie sieht es mit dem eigentlichen Lernen aus? Neben dem Einsatz von Powerpoint-Präsentationen – die Bekenntnisfrage nahezu einer ganzen Generation – ist eines nicht zu unterschätzen: die Ausrichtung am Internet.⁸ Da auf einem iPhone gleichsam der gesamte studentische Schreibtisch Platz findet, ist die Konzentration in der Vorlesung und im Seminar geschwächt. Es bedarf auch in der Politikwissenschaft einer Erziehung – ohne Mühe kein Erfolg, ohne Pflichtgefühl von Dozent und Student keine akademische Gemeinschaft.

8 Vorteile des Internet sind unter anderem schnelle Erreichbarkeit und eine Reaktionsmöglichkeit auf Ergebnisse etwa in Blogs. Foren wie zum Beispiel www.pw-portal.de bieten ein breites Angebot an Rezensionen und Veranstaltungen sowie eine Übersicht zu den politikwissenschaftlichen Instituten in Deutschland.

3. Herausforderungen

Die Rockefeller-Stiftung finanzierte von 1929 an ein europaweites Projekt, das den Gründen für die Krise der seinerzeit „modernen“ Lebenswelt nachspüren sollte. In Deutschland entstanden an Alfred Webers Heidelberger Institut für Sozial- und Staatswissenschaften übergreifende, nach wie vor lesenswerte Studien (Blomert 1999: 108). Ist nicht ein solches Projekt auch heute angebracht – als Rückversicherung für die westliche Welt wie umgekehrt für die arabische Welt im Aufbruch? Sich einer Krise bewusst werden ist oft der erste Schritt zu einer angemessenen Lösung.

Angesichts vielfältiger Krisen – wer hätte vor einigen Jahren mit dem „Euro-Desaster“ und der „Renaissance des Staates“ (Jesse 2011) gerechnet? – muss die Politikwissenschaft neue Überlegungen zur Ordnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens anstellen. Dazu gehört zum einen der Blick auf Bewährtes (das Grundgesetz), zum anderen die Suche nach wirksamen Kontrollmechanismen in Gebieten, die jahrelang von „liberaler“ Deregulierung gekennzeichnet waren. Eine Forschungsfrage kann lauten: Müssen sich Strukturen ändern, damit die Regierungen „gute“ Entscheidungen zu treffen vermögen? Die Politikwissenschaft unterliegt einem Paradoxon: Einerseits soll sie herrschaftskritisch sein und Alternativen zu „eingefahrenen Wegen“ ebnen – institutionelle Zwänge sind aufzudecken, demokratische Revolutionen zu begrüßen. Andererseits darf Politikwissenschaft nicht chaotische Verhältnisse dort provozieren, wo Stabilität als gerecht empfunden wird. Keine Änderungen ohne Not – es geht um die Erneuerung eingespielter Gemeinwesen. Das ist eine Gratwanderung.

Wo liegt der Hase im Pfeffer? Wie Jonas Haggmann eindrucksvoll nachgewiesen hat, führt an amerikanischen Universitäten eine einseitig westliche Sichtweise zu einem abnehmenden Erkennen von Problemlagen in anderen Regionen der Erde (Haggmann 2011). Bei vergleichenden Themen sollte die politische Kultur stärker in den Vordergrund treten – dies spielt bei Vertragsabschlüssen und Wirtschaftsbeziehungen eine ebenso entscheidende Rolle wie in der Entwicklungspolitik. Warum ist die Etablierung demokratischer Systeme in manchen Weltgegenden derart schwierig? Welche Form politischer Herrschaft wird wo als gerecht angesehen? Eine Suche nach der „guten Ordnung“, wie sie die deutsche Staatswissenschaft des 19. Jahrhunderts betrieb, stärkt normative Verfahren – dies ist eine Chance für die derzeitige Politische Theorie.

Ein zweites Gebiet mit Potential besitzt die Politikwissenschaft in politischen Inhalten: *policy* stärken – ohne schlechtes Gewissen für den, der sich klar macht, wie gut die politischen Prozesse erforscht sind, mittels derer Inhalte zur Geltung

gelangen (übereinstimmend Mols 2009: 46; Mead 2011: 129-131). Hier kann eine relevante Frage lauten: Arbeiten Parteien die in der Bevölkerung breit erörterten Themen angemessen ab? Ein paradoxer Befund betrifft die Erfolge politischer Bildung: Überinformation geht einher mit sinkender Allgemeinbildung – es reicht nicht zu wissen, wo etwas steht. Politische Bildung heißt kritische Aneignung.

Politikwissenschaft (hat sie nicht einen Bildungsauftrag?) muss das Demokratiebewusstsein schulen – unter Studenten wie in der Bevölkerung – und den Sinn von Bildung erklären (Vogel 2007). Angesichts von Leistungszulagen, leider fast nur für möglichst hoch dotierte Drittmittelprojekte vergeben, stellt sich die Frage nach dem Wert der Lehre. Sinn erwächst aus der Brauchbarkeit erlernter Regeln. Ein besserer Praxisbezug ist bereits durch den schnelleren Berufseinstieg der Bachelor-Absolventen gelungen. Diese Erfahrungen sind – bei allen Imponderabilien – eine Chance für den akademischen Betrieb!

Die Politikwissenschaft tut gut daran, sich der Geschichts- und der Verwaltungswissenschaft neuerlich anzunähern (Mols 2009: 49; Mead 2011: 135), denn heutige Phänomene haben tiefe historische Wurzeln, und Verwaltungsabläufe bedingen oft die Umsetzbarkeit einer politischen Agenda. Ferner sind Querverbindungen zu anderen Fächern (wieder) vermehrt zu knüpfen: zur Rechtswissenschaft, zur Soziologie, zu den Wirtschaftswissenschaften, zur Psychologie und zur Kommunikationswissenschaft. Schließlich ist die originäre Tradition der „Demokratiewissenschaft“ in Deutschland mit Rückblicken auf politikwissenschaftliche „Schulbildungen“ des Forschens im besten Sinne des Wortes *frag-würdig* (Mohr/Nohlen 2008). Die Erfolgsgeschichte der deutschen Demokratie belohnt weiteres Nachdenken etwa über die „Bundesrepublik als Idee“ (Hacke 2009), ohne dass nur von „Besinnung in der Krise“ die Rede sein könnte. Vielmehr weisen entsprechende Arbeiten auf ein über Generationen gewachsenes plurales und zugleich abwehrbereites Demokratieverständnis hin.

Ist die Politikwissenschaft eine Disziplin ohne Disziplin? Politikwissenschaft wird heute kaum mehr als „synoptische Wissenschaft“ oder Integrationswissenschaft begriffen. Den „Doppelcharakter“ des hermeneutischen und empirischen Faches sollte die Lehre neu aufnehmen. In einer Zeit, die für jeden Einzelnen instabilere Rahmenbedingungen (in Deutschland eine Klage auf hohem Niveau!) bereithält, muss neben Erkenntnis verstärkt Urteilskraft treten. Eine Zahlenreihe sollte nicht ohne die Quintessenz in einer Publikation erscheinen, ob sie einen „guten“, neutralen oder weniger erwünschten Verlauf anzeigt. Jede Form der Politikberatung wertet selbstverständlich so.

4. Perspektiven

Die neue, von Franz Walter herausgegebene Zeitschrift „Indes“ wartete jüngst mit einem Paukenschlag auf. Der US-amerikanische Politologe Lawrence M. Mead griff die Politikwissenschaft (in den USA) frontal an und warf ihr Randständigkeit vor (Mead 2011: 126-137). Drei Kerndefizite machte er dabei aus: Scholastizismus, das Vernachlässigen politischer Inhalte zugunsten von Prozessen sowie das oft wissenschaftsinterne Rekrutieren von Politologen. Der Scholastizismus der Politikwissenschaft trete in vier Formen auf: im hohen Spezialisierungsgrad (Nischenthemen erfahren intensive Bearbeitung), im Methodologismus (methodische Probleme gelten im Vergleich zu inhaltlichen als wichtiger), im Anti-Empirismus (die Mathematisierung mancher Vorgehensweisen hebele die inhaltliche Substanz aus) sowie in der Selbstreferenzialität (die Forschung gehe auf ausgetretenen Pfaden, meide hingegen neue Wege).

Wer die harsche Diagnose Meads auf Deutschland überträgt, sieht gewisse Parallelen. Das gilt vor allem für Scholastizismus und für die Rekrutierung der Politikwissenschaftler ohne Praxisnähe, weniger für die Vernachlässigung der Policy-Forschung. In der Tat erleben wir eine Tendenz, die nicht leicht zu stoppen sein dürfte: Die Politikwissenschaft verliert durch die erwähnten vier Kritikpunkte die politische Relevanz ihrer Vorhaben aus den Augen. Die fortschreitende Szientifizierung der Politikwissenschaft schwächt die Urteilskraft. Sicher, die Professionalisierung ist nicht aufzuhalten, aber mit ihr muss und darf nicht das Ausblenden begründeter Urteile einhergehen. Dass das Betreuungsverhältnis (Zahl der Studenten gegenüber der Zahl der Professoren) sich mittelfristig nicht verbessert, liegt angesichts wenig ermutigender Erfahrungen auf der Hand. Sollte die Zahl der Studenten der Politikwissenschaft nachhaltig sinken, dürfte dies die Zahl der Professorenstellen nachteilig beeinflussen. Im umgekehrten Fall muss dies keine Konsequenzen auf die Zahl der Professoren haben.

Ein Blick in viele politikwissenschaftliche Journale, deren Zahl – trotz Internet – nahezu Jahr für Jahr steigt, bestätigt manch scharfes Urteil etwa zur Relevanz der Themen. Dies trifft selbst – und gerade – für die „Politische Vierteljahresschrift“ zu, die dank praktizierter (unter anderem durch „Kommentare“,⁹ die keiner Begutachtung ausgesetzt sind) und angekündigter Reformen (unter anderem durch einen jährlichen „Gastbeitrag“ eines internationalen Wissenschaftlers zur Lage des Faches) ihre Reputation als Flaggschiff der Disziplin wiederherstellen will. Die Kon-

9 Auf diese Weise gelangen mehr profilierte Fachvertreter ins Heft. Da deren Abhandlungen in der Regel weit über einen „Kommentar“ hinausgehen, wird damit das Gutachterverfahren strenggenommen unterlaufen – nicht zum Nachteil der Qualität des Periodikums.

kurrenz ist groß. So bietet die „Zeitschrift für Politik“, das älteste, 1907 gegründete politikwissenschaftliche Periodikum, neben bisher stark theorielastigen Grundsatzbeiträgen Artikel – aus der Regierungslehre und der Internationalen Politik – zu Themen von Belang (Stammen 2008). Die „Zeitschrift für Politikwissenschaft“ sieht seit diesem Jahr grundlegende Neuerungen vor (Korte 2011): Neben dem begutachteten Aufsatzteil gibt es drei weitere Rubriken: „Forum“ (zu aktuellen Themen), „Lehre und Forschung“ (zu Entwicklungen im Fach) und „Literaturbericht“ (zu zentralen Publikationen). Die stärker interdisziplinär ausgerichtete „Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften“ unter der Ägide von Joachim Jens Hesse bietet zunehmend Beiträge zu (auch aktuellen) Schlüsselfragen der Politik. Und wie frisch, lebendig und aktualitätsorientiert sind viele Abhandlungen in der „Zeitschrift für Parlamentsfragen“, die kein Peer-Review-Verfahren favorisiert, stattdessen die Verantwortung selbst übernimmt. Anders als im angelsächsischen Bereich ist der Rezensionsteil überwiegend in der Hand des nicht abgesicherten Mittelbaus, der oft vorsichtig, geradezu milde urteilt. Wie sehr käme es dem Fach zugute, widmeten sich erfahrene Kollegen mit augenscheinlich besser entwickelter Urteilskraft vermehrt dem nicht eben prestigeträchtigen Geschäft der Kritik – etwa in Literaturberichten oder in Rezensionssessays. Insofern ist der Schritt der PVS-Redaktion begrüßenswert, künftig eine Rubrik „Bücher in der Debatte“ sowie das Format „ein Buch – zwei Fachperspektiven“ einzurichten (Schmalz-Bruns 2011). Der Verzicht auf Rezensionen im „Leviathan“ ist bedauerlich.

Johan Galtung (1983) hat vor Jahren intellektuelle Stile in den Sozialwissenschaften leicht ironisierend charakterisiert und dabei den „teutonischen Stil“ als fad und sperrig gekennzeichnet, jedenfalls nicht als leichtfüßig. Eine bessere Verständlichkeit bedeutet wahrhaftig nicht Unwissenschaftlichkeit. Die Kritik an „semantischen Barbareien“ und an „einem formelhaften, nuancenarmen, erfahrungsleeren Deutsch“ (Rahlf/Walter 2011: 6) trifft für einen Teil der Politikwissenschaft durchaus zu. Damit kapselt sich das Fach von der Öffentlichkeit ab. Wir brauchen mehr den Typus eines Frank Decker, eines Jürgen W. Falter, eines Karl-Rudolf Korte, eines Claus Leggewie, eines Franz Walter, der sich nicht scheut, den „Elfenbeinturm“ zu verlassen und die eigenen Erkenntnisse der Öffentlichkeit zu präsentieren – aber eben nicht nur Kollegen dieses Schlages.

Die Politikwissenschaft sieht sich größerer Konkurrenz ausgesetzt als früher. In Zeiten klammer öffentlicher Kassen neigen staatliche Instanzen dazu, eher bei einem nicht unbedingt als gesellschaftlich überaus nützlich angesehenen „Diskussionsfach“ zu sparen als bei einer Disziplin, die wegen des leicht(er) einsehbaren Nutzens für Gesellschaft und Wirtschaft über eine hohe Akzeptanz verfügt. Die Politikwissenschaft hat sich der Konkurrenz von Nachbardisziplinen zu erwehren,

etwa den Europastudien. Wer dem Gebot des Sparzwangs folgt und Professuren aus verschiedenen Fächern unter dem Vorwand der Interdisziplinarität zusammenlegt, unterhöhlt die Identität des Faches, das angemessen erst bei mindestens vier Professuren zu unterrichten bzw. zu studieren ist (neben der Vergleichenden Regierungslehre die Innenpolitik, die Politische Theorie und die Internationale Politik). Nicht nur bei der Politikwissenschaft könnte sich die Forschung stärker auf eigenständige wissenschaftliche Institute und Spitzenuniversitäten verlagern, die Lehre hingegen vor allem an der Masse der Universitäten „hängen bleiben“.

Die Identität des Faches ist zu wahren. Wer seinen Zweig separiert, schwächt die gesamte Disziplin, auch wenn zunächst der Eindruck von Profilierung aufkommen mag. Das gilt etwa für Teile der Internationalen Politik, die stärker „eingefangen“ werden müssen. Die Disziplin selbst sollte sich dazu um Einheit bemühen. Durch Kombination von Ansätzen aus den Teilgebieten erwächst ein Mehrwert, wie etwa normativ-analytische Studien im Bereich der liberalen Vertragstheorien in der Anwendung auf Innen- wie Außenpolitik zeigen. „Große“ Werke (in der amerikanischen Forschung beispielsweise von Samuel P. Huntington vorgelegt),¹⁰ so „umstritten“ sie auch sein mögen, tragen zur Einheit des Faches bei. Sie sind in der deutschen Politikwissenschaft zu fördern – und nicht gänzlich der Philosophie zu überlassen.¹¹ Ob dies gelingt?

Es gibt mithin eine Diskrepanz zwischen Sein und Sollen. Das liegt in der Natur der Sache. Entfaltet die Politikwissenschaft mehr Sinn für politische Relevanz, packt sie wieder breite und dem Gemeinwohl dienliche Fragen an, rückt sie von jeder Form der Wagenburgmentalität ab, muss sie nicht bang in die Zukunft schauen. Daher bedarf eine zeitgemäße Politologie weniger Technizismus. Quantitative Studien – etwa aus der Spieltheorie – betreiben oft „Methodenhuberei“ und vernachlässigen ein klares Urteil. Das Peer-Review-System vieler Fachzeitschriften, das eine kleinteilige Spezialisierung fördert und Generalisten mit normativem Anspruch bislang eher zurückweist bzw. abschreckt, bedarf einer Reform. Eine von (gut finanzierten) Anwendungen unabhängige Grundlagenforschung hat es zunehmend schwer, sollte gleichwohl Chancen neuer Fragestellungen für sich nutzen. Gefragt sind Beratungsstudien für die öffentliche Hand oder für Unternehmen (Länderanalysen) – hier ist unabhängige Urteilskraft gefordert (um Gefälligkeitsgutachten zu

10 Man denke etwa an folgende Publikationen: „Political Order Changing Societies“, „The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century“, „The Clash of Civilizations and the Remake of World Order“. Spezifische Begriffe haben dabei Breitenwirkung erlangt (wie etwa „Demokratisierungswelle“).

11 Jürgen Habermas' Habilitationsschrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ hat kanonische Züge angenommen.

entgehen). Die Absolventen finden in einem immer breiteren Spektrum Arbeit. Selbstbewusstsein überwiegt; es ist im Hinblick auf die erwartete Problemlösekompetenz jenseits von weiteren Cicero-Rankings nötig.

Die Perspektiven sind gut, könnten freilich besser sein (Hesse 2011). Es geht allerdings nicht darum, die Politikwissenschaft anmaßend als „Königdisziplin“ (so aber Mead 2011: 129, 130, 133, 135) zu proklamieren oder gar zu etablieren – dies wäre ohnehin ein vergebliches Ansinnen. Die Einheit der Disziplin bedarf der Stärkung. Das fängt bei der Einheit von Forschung und Lehre an und hört nicht bei der Absage an methodisches Raffinement und grenzwertiges Spezialistentum auf, will die Politikwissenschaft unter den „alten Fächern“ ankommen.

Literatur

- Arendes, Cord*, 2004: Politikwissenschaft in Deutschland. Standorte, Studiengänge und Professorenschaft 1949-1999, Wiesbaden.
- Arendes, Cord/Buchstein, Hubertus*, 2004: Politikwissenschaft als Universitätslaufbahn: Eine Kollektivbiographie politikwissenschaftlicher Hochschullehrer/-innen in Deutschland 1949-1999, in: Politische Vierteljahresschrift 45 (1), 9-31.
- Bernauer, Thomas/Jahn, Detlef/Kuhn, Patrick/Walter, Stefanie*, 2009: Einführung in die Politikwissenschaft, Baden-Baden.
- Bleek, Wilhelm*, 2001: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München.
- Blomert, Reinhard*, 1999: Intellektuelle im Aufbruch. Karl Mannheim, Alfred Weber, Norbert Elias und die Heidelberger Sozialwissenschaften der Zwischenkriegszeit, München.
- Buchstein, Hubertus/Fietz, Stefan*, 2007: Vom Verschwinden bedroht? Politische Theorie und Ideengeschichte in curricularen Reformfällen, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 33 (1), 67-80.
- Busche, Jürgen*, 2008: Die neuen Wissenschaften, in: Cicero, Heft 10/2008, 127.
- Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) (Hrsg.)*, 2009: Politikwissenschaft in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme zu 50 Jahren PVS, Politische Vierteljahresschrift 50 (3), 368-603.
- Falter, Jürgen W./Knodt, Michèle*, 2007: Die Bedeutung von Themenfeldern, theoretischen Ansätzen und die Reputation von Fachvertretern, in: Rundbrief der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft 137, 147-160.
- Gallus, Alexander*, 2012: Über das Verhältnis von Geschichts- und Politikwissenschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2, 39-45.

- Galtung, Johan*, 1983: Struktur, Kultur und intellektueller Stil. Ein vergleichender Essay über sachsenische, teutonische, gallische und nipponische Wissenschaft, in: *Leviathan* 11 (2), 303-338.
- Gerlach, Irene/Jesse, Eckhard/Kneuer, Marianne/Werz, Nikolaus (Hrsg.)*, 2010: Politikwissenschaft in Deutschland, Baden-Baden.
- Hacke, Jens*, 2009: Die Bundesrepublik als Idee. Zur Legitimationsbedürftigkeit politischer Ordnung, Hamburg.
- Hagmann, Jonas*, 2011: Der Westen legt sich die Welt zurecht. Das Fach „Internationale Politik“ erscheint als zunehmend engstirniges Denksystem, *FAZ*, 10.11.2011, N3.
- Hartmann, Jürgen*, 2007: Persönlichkeit und Politik, Wiesbaden.
- Hesse, Jens Joachim*, 2011: Genese und Stand der Politikwissenschaft im disziplinären und internationalen Vergleich, Ms., Freiburg (FRIAS)/Berlin.
- Höfer, Max A.*, 2005: Meinungsführer, Denker, Visionäre. Wer sie sind, was sie denken, wie sie wirken, Frankfurt a. M.
- Höfer, Max A.*, 2006: Von Grass bis Mika. Liste der 500, in: *Cicero*, Heft 4/2006, 58-63.
- Höfer, Max A.*, 2007: Das Cicero-Ranking 2007, in: *Cicero*, Heft 5/2007, 52-61.
- Höfer, Max A.*, 2009: Deutschlands wichtigste Vordenker, in: *Cicero*, Heft 10/2009, 116.
- Jesse, Eckhard (Hrsg.)*, 2011: Renaissance des Staates?, Baden-Baden.
- Jouvenel, Bertrand de*, 1965: Politische Wissenschaft und Vorausdenken, in: *Politische Vierteljahresschrift* 6 (1), 2-19.
- Keßler, Mario*, 2009: Ossip K. Flechtheim. Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenker (1900-1998), Köln u. a.
- Klingemann, Hans-Dieter/Falter, Jürgen W.*, 1998: Die deutsche Politikwissenschaft im Urteil der Fachvertreter, in: Michael Th. Greven (Hrsg.), *Demokratie – eine Kultur des Westens?* 20. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Opladen, 305-341.
- Korte, Karl-Rudolf*, 2011: Editorial, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 21 (1), 3-4.
- Ladwig-Winters, Simone*, 2009: Ernst Fraenkel. Ein politisches Leben, Frankfurt a. M.
- Lehmbruch, Gerhard*, 1995: Die Politikwissenschaft im Prozess der deutschen Vereinigung, in: ders. (Hrsg.), *Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes*, Opladen, 327-376.
- Mead, Lawrence M.*, 2011: Reformiert die Politikwissenschaft! Die Misere einer randständigen Forschungsdisziplin, in: *Indes*, Heft 0/2011, 126-137.

- Michaels, Axel*, 2011: Wutwissenschaftler, FAZ, 2.11.2011, N5.
- Mohr, Arno/Nohlen, Dieter (Hrsg.)*, 2008: Politikwissenschaft in Heidelberg. 50 Jahre Institut für Politische Wissenschaft, Heidelberg.
- Mols, Manfred*, 2008: Droht der Politikwissenschaft ein massiver Relevanzverlust?, in: Werner J. Patzelt/Martin Sebaldt/Uwe Kranenpohl (Hrsg.), Res publica semper reformanda. Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls, Wiesbaden, 27-42.
- Mols, Manfred*, 2009: Einführung und Überblick, in: Hans-Joachim Lauth/Christian Wagner (Hrsg.), Politikwissenschaft. Eine Einführung, Paderborn u. a., 23-61 (6. Aufl.).
- Münkler, Herfried*, 2006: Was das Fach zusammenhält. Die Bedeutung der Politischen Theorie und Ideengeschichte für die Politikwissenschaft, in: Rundbrief der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft 134, 175-179.
- Nicolaysen, Rainer*, 1997: Siegfried Landshut. Die Wiederentdeckung der Politik, Frankfurt a. M.
- Pfetsch, Frank R.*, 1995: Erkenntnis und Politik. Philosophische Dimensionen des Politischen, Darmstadt.
- Quadbeck, Ulrike*, 2009: Karl Dietrich Bracher und die Anfänge der Bonner Politikwissenschaft, Baden-Baden.
- Rahlf, Katharina/Walter, Franz*, 2011: Editorial, in: Indes, Heft 0/2011, 5-9.
- Reuß, Roland/Rieble, Volker*, 2011: Die freie Wissenschaft ist bedroht, FAZ, 19.10.2011, N5.
- Schlak, Stephan*, 2008: Wilhelm Hennis. Szenen einer Ideengeschichte der Bundesrepublik, München.
- Schmalz-Bruns, Reiner*, 2011: In eigener Sache, in: Politische Vierteljahresschrift 52 (3), 353-354.
- Schmoll, Heike*, 2011: Zu jung, um Zeit zu verlieren, FAZ, 10.11.2011, 8.
- Stammen, Theo*, 2008: Hundert Jahre Zeitschrift für Politik, in: ders., 100 Jahre „Zeitschrift für Politik“, Sonderband 2, Baden-Baden, 11-32.
- Statistisches Bundesamt*, 2011 a: Fachserie 11, Reihe 4.1, Studierende an Hochschulen, WS 2010/2011.
- Statistisches Bundesamt*, 2011 b: Fachserie 11, Reihe 4.2, Prüfungen an Hochschulen, 2010.
- Statistisches Bundesamt*, 2011 c: Fachserie 11, Reihe 4.4, Personal an Hochschulen, 2010.
- Thöndl, Michael*, 2005: Einführung in die Politikwissenschaft. Von der antiken Polis bis zum internationalen Terrorismus. Ideen – Akteure – Themen, Wien.

Vogel, Bernhard, 2007: Zu welchem Ende studiert man Politische Wissenschaft?, in: Werner J. Patzelt/Martin Sebaldt/Uwe Kranenpohl (Hrsg.): *Res publica semper reformanda. Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls. Festschrift für Heinrich Oberreuter zum 65. Geburtstag*, Wiesbaden, 19-26.

Wolf, Frieder/Wenzelsburger, Georg, 2010: *Promotionsratgeber Politikwissenschaft*, Wiesbaden.

Korrespondenzanschrift:

Prof. Dr. Eckhard Jesse
Technische Universität Chemnitz
Institut für Politikwissenschaft
Professur Politische Systeme, Politische Institutionen
09107 Chemnitz
E-Mail: Eckhard.Jesse@phil.tu-chemnitz.de

Dr. Sebastian Liebold
Technische Universität Chemnitz
Institut für Politikwissenschaft
Professur Politische Systeme, Politische Institutionen
09107 Chemnitz
E-Mail: sebastian.liebold@phil.tu-chemnitz.de